

**Parlamentarische Initiative  
Senkung der direkten Bundessteuer – Erhöhung  
des Mehrwertsteuersatzes (WAK-S)**

**Stellungnahme des Bundesrates  
zum Bericht vom 3. November 1995 der Kommission für Wirtschaft  
und Abgaben des Ständerates**

vom 28. Februar 1996

---

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir unterbreiten Ihnen, gestützt auf Artikel 21<sup>quater</sup> Absatz 4 des Geschäftsverkehrsgesetzes, unsere Stellungnahme zu Bericht und Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) vom 3. November 1995, welche mittels parlamentarischer Initiative eine Vorlage zur Senkung der direkten Bundessteuer und Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes beantragt.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

28. Februar 1996

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates  
Der Bundespräsident: Delamuraz  
Der Bundeskanzler: Couchepin

# Stellungnahme

## 1 Ausgangslage

### 11 Volksinitiative zur «Abschaffung der direkten Bundessteuer»

Anlass für die parlamentarische Initiative der WAK-S ist die Volksinitiative zur «Abschaffung der direkten Bundessteuer», welche am 3. August 1993 eingereicht wurde.

Für den Bundesrat bestehen keine Zweifel, dass die Nachteile der Volksinitiative allfällige positive Aspekte bei weitem übertreffen:

- Bei Annahme der Initiative ergäbe sich eine massive Umverteilung der Steuerlast
  - nämlich zum einen eine Entlastung der juristischen Personen um jährlich rund 3 Milliarden Franken und eine Mehrbelastung der Konsumenten und Konsumentinnen um denselben Betrag, obwohl bereits die Beseitigung der *taxe occulte* bei Einführung der Mehrwertsteuer eine solche Umverteilung in der Höhe von rund 2,5 Milliarden nach sich zog,
  - sowie eine Entlastung der hohen und höchsten Einkommen (rund 10% der Haushaltungen) und eine Mehrbelastung der kleinen und mittleren Einkommen (rund 90% der Haushaltungen).
- Die Fiskalquote der Schweiz würde bei Annahme der Initiative nicht sinken.
- Rückschritte im Bereich der Harmonisierung der direkten Steuern wären gewiss.
- Durch die Abschaffung der direkten Bundessteuer
  - würden die von Kanton zu Kanton teilweise erheblichen Steuerbelastungsunterschiede weder verkleinert,
  - noch würde die kantonale Finanzautonomie gestärkt oder der administrative Aufwand von Kantonen und Gemeinden vermindert.
- Schliesslich rennt die Initiative heute insoweit offene Türen ein, als
  - die Forderung nach einer allgemeinen Verbrauchssteuer inzwischen erfüllt und
  - damit auch das Begehren nach Abschaffung der *taxe occulte* verwirklicht worden ist.

Der Bundesrat hatte deshalb in seiner Botschaft vom 2. November 1994 dem Parlament beantragt, die Initiative abzulehnen und sie dem Volk mit dem Antrag auf Verwerfung vorzulegen.

Anlässlich ihrer Sitzung vom 2./3. November 1995 beschloss auch die WAK-S einstimmig (bei einer Enthaltung), ihrem Rat die Verwerfung der Volksinitiative zu empfehlen.

### 12 Parlamentarische Initiative der WAK-S (indirekter Gegenentwurf)

Bereits in ihrer Sitzung vom 9. Februar 1995 hatte die WAK-S das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, im Sinne eines indirekten Gegenentwurfs zur Volksinitiative eine Vorlage zur Verlagerung von 25–30 Prozent des Ertrages der direkten Bundessteuer auf die Mehrwertsteuer auszuarbeiten. Damit verbunden wurden die folgenden, die direkte Bundessteuer (Bst. a–c) sowie den Finanzausgleich (Bst. d) betreffenden *Vorgaben*:

- a. Abbau der zu steil verlaufenden Progression;
- b. bessere Berücksichtigung der Soziallasten;
- c. Gleichbehandlung der Ehe- und Konkubinatspaare;
- d. Beibehalten des absoluten Effekts des Finanzausgleichs.

Am 3. November 1995 traf die WAK-S ihre definitiven Entscheide im Hinblick auf die neue *Tarifvariante* bei der direkten Bundessteuer sowie auf die *Finanzausgleichslösung* und den sich daraus ergebenden *legislatorischen Anpassungsbedarf*, so dass damit die Ausgestaltung ihrer Vorlage materiell feststand. In formeller Hinsicht beschloss die Kommission, die Vorlage ihrem Rat als Kommissionsinitiative zu unterbreiten.

## 2 Stellungnahme des Bundesrates

### 21 Volksinitiative «zur Abschaffung der direkten Bundessteuer»

Der Bundesrat nimmt mit Genugtuung Kenntnis davon, dass auch die WAK-S anlässlich ihrer Sitzung vom 2./3. November 1995 ohne Gegenstimme beschlossen hat, ihrem Rat die Verwerfung der Volksinitiative zu empfehlen.

### 22 Parlamentarische Initiative der WAK-S (indirekter Gegenentwurf)

Vorweg ist festzuhalten, dass der Vorstoss der WAK-S Problemkreise bei der direkten Bundessteuer berührt, die durchaus überprüfenswert sind. So ist zutreffend, dass das geltende System in gewissen Fällen Ehepaare, bei denen beide Ehegatten einer Erwerbstätigkeit nachgehen, gegenüber entsprechenden Konkubinatspaaren benachteiligt. Sodann wird die Progressionswirkung der direkten Bundessteuer von Bezüger\*innen mittlerer und höherer Einkommen vielfach als zu stark, möglicherweise sogar als leistungshemmend empfunden. Auch das in der Schweiz bestehende Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern mag ein diskussionswürdiges Thema sein, obwohl zu bedenken ist, dass für die Beurteilung des Steuerklimas in einem Land in erster Linie die Gesamtsteuerbelastung entscheidet.

Bei allem Verständnis für diese Anliegen hat in der laufenden Legislaturperiode indes die Sanierung der Bundesfinanzen absolute Priorität. Diese Sanierung wird notwendigerweise von allen Bevölkerungskreisen Opfer verlangen. Deshalb möchte der Bundesrat im heutigen Zeitpunkt nicht Steuerverlagerungen beschliessen, die von vielen als ungerecht empfunden würden, weil letztlich doch nur eine Minderheit von Steuerpflichtigen davon profitieren würde. Die oben erwähnten Revisionspunkte sind daher erst dann an die Hand zu nehmen, wenn sich die Finanzperspektiven für den Bund wieder etwas rosiger darstellen. Dies dürfte frühestens in der nächsten Legislaturperiode der Fall sein.

Im einzelnen beurteilt der Bundesrat die Initiative der WAK-S wie folgt:

#### 22.1 Beurteilung der Variantenwahl beim Steuertarif

Es ist anzuerkennen, dass der von der WAK-S gewählte *Steuertarif* bei der direkten Bundessteuer der natürlichen Personen, s. den *Anhang*, unter dem Aspekt der von der WAK-S gesetzten Vorgaben (s. Ziff. 12, Bst. a–d hievor) und unter dem Vorbehalt des Rechtsgleichheitsgebots eine adäquate Lösung darstellen würde:

Im Vergleich zum geltenden Tarif bringt der Tarif der WAK-S für alle natürlichen Personen im untersuchten Einkommensbereich bis 500 000 Franken (jährliches Bruttoarbeitsseinkommen) Steuerermässigungen. Zudem ergeben sich die höchsten prozentualen Entlastungen bei niedrigen Bruttoarbeitsseinkommen und vorab für Ehepaare mit und ohne Kinder. Die niedrigsten prozentualen Entlastungen resultieren bei den Alleinstehenden sowie generell bei hohen Bruttoarbeitsseinkommen.

Durch die vergleichsweise markant höheren Entlastungen der Verheirateten gegenüber den Ledigen können die unter dem geltenden Tarif bestehenden Belastungsunterschiede (von bis zu 90%) zwischen Ehepaaren und Konkubinatspaaren (sog. Konkubinatsseffekt) erheblich vermindert werden. Nach dem Tarif der WAK-S setzt bei den Zweiverdiener-Paaren ohne Kinder die Mehrbelastung der Ehepaare (gegenüber den Konkubinatspaaren) erst bei einem Bruttoarbeitsseinkommen von insgesamt rund 100 000 Franken ein und bleibt im untersuchten Einkommensbereich durchwegs unter 10 Prozent. Bei Bruttoarbeitsseinkommen unter 100 000 Franken werden diese Ehepaare stets milder belastet als die Konkubinatspaare. Ein Vergleich zwischen den Zweiverdiener-Paaren mit Kindern zeigt, dass hier die Mehrbelastung der Ehepaare (gegenüber den Konkubinatspaaren) erst bei Bruttoarbeitsseinkommen von insgesamt 150 000 Franken einsetzt und im untersuchten Einkommensbereich unter 25 Prozent liegt. Bei Bruttoarbeitsseinkommen unter 150 000 Franken werden diese Ehepaare ebenfalls milder belastet als die entsprechenden Konkubinatspaare.

Die Verminderung des Konkubinatsseffekts hat aber zur Folge, dass bei Bruttoarbeitsseinkommen bis über 100 000 Franken *ein Alleinstehender* gegenüber einem verheirateten Paar (ohne Kinder und mit einem einzigen Arbeitsverdienst) mit gleichem Einkommen *mehr als den doppelten Steuerbetrag* bezahlt, bei Einkommen von 60 000 Franken und darunter *gar mehr als den dreifachen Steuerbetrag*. Eine noch weitergehende Verminderung des Konkubinatsseffekts könnte im geltenden System der Familienbesteuerung nur durch noch grössere Entlastungen der Verheirateten im Vergleich zu den Ledigen erzielt werden und müsste daher mit den folgenden Nachteilen erkauft werden:

- Das Steuerbelastungsverhältnis zwischen Alleinstehenden und Verheirateten würde noch unausgewogener.
- Für die Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen ergäben sich noch bedeutendere Entlastungen.
- Der Minderertrag der direkten Bundessteuer fiel noch höher aus.

So würde bei einem Vollsplitting-Tarif (ohne Mehrbelastung für Ledige gegenüber dem geltenden Recht) gemäss den Berechnungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung eine Mehrbelastung der Zweiverdiener-Ehepaare gegenüber den Zweiverdiener-Konkubinatspaaren für fast alle untersuchten Einkommensklassen gänzlich entfallen. Gleichzeitig brächte aber ein solcher Tarif eine Entlastung der Ehepaare bei der direkten Bundessteuer im ganzen untersuchten Einkommensbereich (bis 500 000 Franken) von über 40 Prozent. Ausserdem würde der jährliche Minderertrag 2550 Millionen Franken betragen.

## 22.2 Beurteilung der Variantenwahl beim Finanzausgleich

Auch mit der getroffenen Wahl beim *Finanzausgleich* würde die Vorgabe der WAK-S vergleichsweise adäquat erreicht:

Schon allein aufgrund der Reduktion der direkten Bundessteuer erfahren die Haushaltungen der finanzstärkeren Kantone im Durchschnitt eine höhere Entlastung als jene der finanzschwächeren Kantone. Ferner dürfte sich der Steuereingang bei der Mehrwertsteuer wesentlich gleichmässiger auf die Kantone verteilen als der Steuereingang bei der direkten Bundessteuer. Zudem sind auch die Disparitäten zwischen finanzschwachen und finanzstarken Kantonen weiterhin im Zunehmen begriffen. Deshalb sind jene Finanzausgleichs-Varianten, bei welchen die finanzstärkeren Kantone bevorzugt würden, aus der Sicht des Finanzausgleichs nicht akzeptabel. Eine leichte Besserstellung der finanzschwächeren Kantone hingegen wäre vertretbar. Die von der WAK-S gewählte Variante trüge diesen Gegebenheiten Rechnung. Schliesslich wäre es in der Tat zweckmässiger, den bereits bestehenden Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer (von 30 auf 37%) zu erhöhen, statt einen zusätzlichen Kantonsanteil (am Mehrwertsteuerzuschlag) zu schaffen.

### 22.3 Gesamtbeurteilung der parlamentarischen Initiative

Eine Verlagerung der direkten Bundessteuer auf die Mehrwertsteuer hat tendenziell weitgehend dieselben Auswirkungen wie die in der Volksinitiative verlangte vollständige Abschaffung der direkten Bundessteuer. Um den Einnahmefall bei der direkten Bundessteuer zu kompensieren, wären Satzerhöhungen bei der Mehrwertsteuer erforderlich. Aufgrund des Steuertarifs der WAK-S müsste der Normalsatz von 6,5 auf 7,5 Prozent erhöht werden, der reduzierte Satz von 2,0 auf 2,3 Prozent.

Die folgende Tabelle gibt die geschätzten Mehr- und Minderbelastungen für die verschiedenen Einkommensklassen wieder, die insgesamt aus der Reduktion der direkten Bundessteuer und der Kompensation durch die Steuersatzerhöhungen bei der Mehrwertsteuer zu erwarten sind:

Brutto-Einkommen	MWST 6,5 Prozent	MWST 7,5 Prozent	Mehrbelastung MWST	Minderbelastung DBST WAK-S	Total Mehr- oder Minderbelastung WAK-S
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
30 000	762	879	117	0	117
40 000	1 016	1 172	156	56	100
50 000	1 160	1 335	175	77	98
60 000	1 362	1 566	204	145	59
70 000	1 589	1 834	245	270	- 25
80 000	1 768	2 040	272	410	- 138
90 000	2 007	2 322	315	579	- 264
100 000	2 370	2 730	360	727	- 367
150 000	3 555	4 095	540	2845	-2305
200 000	4 740	5 460	720	5471	-4751
300 000	7 110	8 190	1080	8225	-7145
500 000	11 850	13 650	1800	8267	-6467

Annahmen: - Einverdiener-Ehepaar mit 1 Kind  
 - Verbrauchserhebung als statistische Basis

Bei der in der Tabelle berechneten Mehrwertsteuerbelastung handelt es sich um die aufgrund der Verbrauchsstruktur «direkt» den Haushaltungen zuteilbare Steuerbelastung unter der Annahme einer erfolgreichen Überwälzung. Dies bedeutet, dass nur die auf den Verbrauch von steuerbaren Waren und Dienstleistungen entfallende Steuerlast berücksichtigt wird. Nun ist es aber unwahrscheinlich, dass die Mehrwertsteuer (MWST), mit welcher die Anbieter von Dienstleistungen, die von der Steuer ausgenommen sind, belastet werden, nicht zumindest mittelfristig auf die Preise dieser Dienste überwälzt wird. Deshalb dürfte die effektive MWST-Mehrbelastung bei einer Erhöhung der Steuersätze in Wirklichkeit noch höher ausfallen. Das Gewicht dieser «indirekten» MWST-Belastung kann zwar nicht beziffert werden, dürfte jedoch beträchtlich sein. Zu denken ist nämlich an den grossen Anteil an den Haushaltbudgets der Ausgaben für Umsätze, die von der Steuer ausgenommen sind, wie etwa die Ausbildung, die Gesundheit oder gar die Wohnmiete. Die in der Tabelle ausgewiesenen MWST-Mehrbelastungen sind demnach als Mindestgrössen aufzufassen.

Bei aller Vorsicht in der Interpretation der Aussagekraft der in der Tabelle ausgewiesenen Ergebnisse kann man davon ausgehen, dass mit der anvisierten Progressionsmilderung bei der direkten Bundessteuer der natürlichen Personen und der vollständigen Kompensation der Einnahmefälle durch eine Satzerhöhung bei der Mehrwertsteuer nur Haushaltungen mit Bruttoeinkommen in der Grössenordnung von 70 000 Franken und mehr profitieren würden. Bestünde eine Möglichkeit, die indirekte MWST-Belastung einzubeziehen, so dürfte die Grenze zwischen Mehr- und Minderbelastung gar im Bereich eines Bruttoeinkommens von gegen 90 000 Franken liegen.

Klarer und eindeutiger als die Grenze zwischen Mehr- und Minderbelastung darf aus der Tabelle herausgelesen werden, dass *Steuerpflichtige mit Bruttoeinkommen ab 150 000 Franken steuerlich massiv, d. h. per Saldo um jährlich mehrere tausend Franken entlastet würden*. Aus dem Tarif der WAK-S ergibt sich, dass dies vorab für verheiratete Steuerpflichtige zutreffen würde.

*Demgegenüber würden die Steuerpflichtigen mit niedrigen und mittleren Einkommen, nämlich über 75 Prozent der 3,2 Millionen Steuerpflichtigen, per Saldo mehr Steuern bezahlen als bisher.*

Ferner liegen gegen den indirekten Gegenwurf eine ganze Reihe weiterer ernstzunehmender Einwände vor:

1. Die Vielgestaltigkeit der zu berücksichtigenden Sachverhalte (Alleinstehende, unverheiratete Paare, Verheiratete – mit und ohne Kinder in den verschiedenen Einkommensklassen) macht es schwierig wenn nicht gar unmöglich, eine völlige Gleichstellung verschiedener Haushaltstypen zu erzielen. Der Gesetzgeber läuft daher stets Gefahr, neue Ungleichheiten zu schaffen, wenn er im Hinblick auf zwei Kategorien von Steuerpflichtigen Gleichheit erzielen will.

Der Gesetzgeber muss bei der Tarifgestaltung auch der Bedeutung und relativen Häufigkeit der verschiedenen Haushaltstypen Rechnung tragen. Die Volkszählung 1990 hat gezeigt, dass das Gros der Haushaltungen aus Einpersonenhaushaltungen (32,4%) und Ehepaarhaushaltungen (mit Kindern 31,4%, ohne Kinder 22,3%) besteht und die Konkubinats Haushaltungen (ohne Kinder 4,3%, mit Kindern 0,9%) nach wie vor wesentlich weniger häufig sind. Daraus folgt, dass die Belastungsunterschiede zwischen Zweiverdiener-Ehepaaren

und Zweiverdiener-Konkubinatspaaren nicht überbewertet werden dürfen, da es mindestens ebenso wichtig sein muss, die Steuerbelastung der – viel zahlreicheren – tatsächlich Alleinstehenden im Auge zu behalten und eine gerechte Verteilung der Steuerlast der Alleinstehenden und Verheirateten anzustreben.

2. Wie bereits in Ziffer 22.1 erwähnt wurde, fällt nun aber auch im Tarif der WAK-S bei niedrigeren Bruttoarbeitseinkommen die Steuerbelastung eines Alleinstehenden mehr als dreimal höher aus als jene eines Ehepaares mit gleich hohem Einkommen. Dies ist die direkte Folge des Bemühens, bei der direkten Bundessteuer den Verheirateten relativ grössere Steuerentlastungen als den Alleinstehenden zuzugestehen und dadurch den sog. Konkubinatsseffekt zu entschärfen. Im Rahmen des Systems der Familienbesteuerung ist diese Folge zwar unvermeidliche Konsequenz der Verminderung des Konkubinatsseffekts. Dennoch dürften solche Belastungsrelationen mit dem Gebot der Rechtsgleichheit nicht vereinbar sein.  
Wer die Volksinitiative grundsätzlich ablehnt, muss sich deshalb den Hinweis gefallen lassen, dass der Gegenentwurf, auch wenn er allen natürlichen Personen eine Reduktion der direkten Bundessteuer bringen würde, einen Teil der Alleinstehenden im Verhältnis zu den Verheirateten rechtswidrig behandelt. Dieser Nachteil des Steuertarifs ist der WAK-S übrigens durchaus bewusst (s. ihren Bericht vom 3. Nov. 1995, Ziff. 231 am Ende des zweiten Abschnitts). Somit besteht die Gefahr, dass der indirekte Gegenvorschlag die betroffenen Alleinstehenden ins Lager der Befürworter der Volksinitiative treibt.
3. Das Ziel, den absoluten Effekt des Finanzausgleichs unverändert beizubehalten, erinnert an die «Quadratur des Zirkels». Mit der von der WAK-S gewählten Variante wird zwar zu vermeiden versucht, dass die finanzschwachen Kantone zum vornehmerein übermässig benachteiligt werden. Dennoch kann auch diese Variante nicht verhindern, dass vorab die Steuerpflichtigen in den finanzschwachen Kantonen per Saldo zum Teil spürbar höher als heute belastet würden.
4. Die Erhöhung der MWST-Sätze ist nicht nur wegen der Umverteilung der Steuerlast von den Empfängern hoher zu den Empfängern niedriger Einkommen problematisch. Speziell angesichts der angespannten Haushaltlage und des sich abzeichnenden zusätzlichen Finanzbedarfs für die bestehenden Sozialwerke sollte der Spielraum für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zugunsten einer steuerlichen Entlastung hoher und höchster Einkommen eingeschränkt werden. In einer Zeit, da auch Steuerpflichtigen mit niedrigen Einkommen ohnehin finanzielle Opfer auferlegt werden müssen, sind solche Umlagerungen zugunsten höherer Einkommen deshalb fehl am Platz.

## 22.4 Antrag

*Gestützt auf diese Sachlage empfiehlt Ihnen der Bundesrat, die Volksinitiative «zur Abschaffung der direkten Bundessteuer» abzulehnen, sie dem Volk mit dem Antrag auf Verwerfung zur Abstimmung zu unterbreiten und auf den indirekten Gegenentwurf der WAK-S zu verzichten.*

### **3 Bemerkungen zum Bericht der WAK-S**

#### **31 Ziffer 22**

Der zweite Abschnitt müsste wie folgt lauten:

«Mit der Kommissionsinitiative würden gegenüber dem geltenden Recht Alleinstehende mit einem steuerbaren Einkommen *unter* 18 500 Franken (heute 14 000) und Verheiratete *unter* 27 000 Franken (heute 23 300) entlastet.»

Es stellt sich indessen die Frage, ob mit diesem einen Satz in angemessener Weise erklärt wird, wie es mit dem vorgeschlagenen neuen Tarif gelingt, das Konkubinatsprivileg abzubauen.

#### **32 Ziffer 231, dritter Abschnitt**

...»; der höchste Teilstufensatz beträgt nicht mehr 11,5 Prozent, sondern 13,2 Prozent, was» ...

#### **33 Ziffer 232, dritter Abschnitt, zweiter Satz**

«Finanzstarke Kantone *verlieren* bei einer Entlastung *weniger* als finanzschwache Kantone, da erstere» ...

#### **34 Ziffer 232, vierter Abschnitt, Vorschlag für Wortlaut der beiden ersten Sätze**

«Der WAK-S lagen an der Sitzung vom 2./3. November 1995 fünf *Varianten vor, bei denen die Kompensation sowohl über einen Anteil an der Mehrwertsteuer als auch über einen erhöhten Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer durchgeführt werden könnte*. Sie entschied sich mit 7 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung für *jene Variante, bei welcher der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer erhöht und der zusätzliche Anteil gemäss Finanzkraft und Bevölkerungszahl auf die Kantone verteilt wird.*»

#### **35 Ziffer 233**

Es wird darauf hingewiesen, dass die Tarife und Abzüge bei der einjährigen Gegenwartsbemessung im Vergleich zur zweijährigen Vergangenheitsbemessung um zehn Prozent gestreckt und erhöht sind. Im drittletzten Satz wird erwähnt, dass dieser Prozentsatz nach Artikel 220 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer korrigiert werden kann.

Dieser Hinweis ist im vorliegenden Zusammenhang kaum relevant.



## Volksinitiative «Zur Abschaffung der direkten Bundessteuer» Variante 2 vom 2. November 1995

Antrag WAK vom 9. Februar 1995:  
20–30prozentige Verlagerung des Ertrages der DBST zur MWST.  
Abbau der steilen Progression.

### Tarif A

		Mindeststeuer Fr.		25.00	
Alleinstehende:		Steuerbares Einkommen		Steuersatz	Steuerbetrag
		Fr.	Fr.	%	Fr.
die ersten			16'000	0.00	0.00
die nächsten	9'000	bis	25'000	1.00	90.00
die nächsten	7'500	bis	32'500	1.50	202.50
die nächsten	7'500	bis	40'000	2.00	352.50
die nächsten	10'000	bis	50'000	3.50	702.50
die nächsten	10'000	bis	60'000	4.50	1'152.50
die nächsten	20'000	bis	80'000	6.50	2'452.50
die nächsten	20'000	bis	100'000	7.50	3'952.50
die nächsten	20'000	bis	120'000	9.00	5'752.50
die nächsten	30'000	bis	150'000	10.50	8'902.50
die nächsten	40'000	bis	190'000	12.00	13'702.50
die nächsten	479'200	bis	669'200	13.20	76'956.90
ab	669'300			11.50	

### Tarif B

		Mindeststeuer Fr.		25.00	
Verheiratete sowie Alleinstehende mit Kindern:		Steuerbares Einkommen		Steuersatz	Steuerbetrag
		Fr.	Fr.	%	Fr.
die ersten			22'000	0.00	0.00
die nächsten	12'500	bis	34'500	0.50	62.50
die nächsten	12'500	bis	47'000	1.00	187.50
die nächsten	20'000	bis	67'000	2.00	587.50
die nächsten	20'000	bis	87'000	3.50	1'287.50
die nächsten	20'000	bis	107'000	4.50	2'187.50
die nächsten	30'000	bis	137'000	6.50	4'137.50
die nächsten	30'000	bis	167'000	7.50	6'387.50
die nächsten	40'000	bis	207'000	9.00	9'987.50
die nächsten	40'000	bis	247'000	10.50	14'187.50
die nächsten	50'000	bis	297'000	12.00	20'187.50
die nächsten	821'600	bis	1'118'600	13.20	128'638.70
ab	1'118'700			11.50	

### Abzüge:

Versicherungsprämien und Sparzinsen mit BVG:	Verheiratete max. Fr. 2'600 + Fr. 500 je Kind Übrige max. 1'300
Versicherungsprämien und Sparzinsen ohne BVG:	Rentner (Verheiratete) Fr. 3'900
Gewinnungskosten:	3 % vom Nettolohn, min. Fr. 1'700, max. 3'400
Kinderabzug:	Fr. 5'000
Zweitverdienerabzug:	Fr. 6'000

# Volksinitiative «Zur Abschaffung der direkten Bundessteuer» Variante 2 vom 2. November 1995

Antrag WAK vom 9. Februar 1995: 20–30prozentige Verlagerung des Ertrages der DBST zur MWST.  
Abbau der steilen Progression.

Einkommensverteilung: Erstverdiener 60 %  
Zweitverdiener 40 %

Tarif für Alleinlebende: Beginn der Steuerpflicht bei Fr. 18'500 Mindeststeuerbetrag Fr. 25.-  
Tarif für Verheiratete: Beginn der Steuerpflicht bei Fr. 27'000

Bruttoarbeitslohn in Franken			Belastung absolut							
1. Einkommen	2. Einkommen	Total resp. AHV- und Pensionslohn	Lediger	Zweitverdiener- Konkubinatpaar	Zweitverdiener- Konkubinatpaar mit 2 Kindern	Verheirateter Alleinverdiener		Zweitverdiener-Ehepaar		Rentner Ehepaar
						ohne Kinder	mit 2 Kindern	ohne Kinder	mit 2 Kindern	
In Franken										
18'000	12'000	30'000	77.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
24'000	16'000	40'000	199.50	0.00	0.00	47.00	0.00	0.00	0.00	62.50
30'000	20'000	50'000	394.50	77.00	77.00	116.50	34.50	51.00	0.00	149.50
36'000	24'000	60'000	702.50	147.00	147.00	221.50	94.50	127.50	40.00	273.50
42'000	28'000	70'000	1'094.00	293.50	234.50	395.50	181.50	245.50	106.50	423.50
48'000	32'000	80'000	1'627.00	436.50	340.50	567.50	347.50	421.50	201.50	583.50
54'000	36'000	90'000	2'186.00	664.00	517.00	853.50	519.50	608.50	379.50	860.50
60'000	40'000	100'000	2'790.00	902.00	702.50	1'154.50	769.50	916.50	555.50	1'140.50
90'000	60'000	150'000	6'666.00	2'888.50	2'293.50	3'513.50	2'798.50	3'026.00	2'311.00	3'214.50
120'000	80'000	200'000	11'746.50	5'750.50	4'497.00	6'873.50	5'967.50	6'110.00	5'285.00	6'072.50
150'000	100'000	250'000	17'820.50	9'456.00	7'481.00	11'342.00	10'187.00	10'019.00	9'024.50	9'609.50
180'000	120'000	300'000	24'077.70	13'710.00	11'049.50	16'623.50	15'303.50	14'751.50	13'526.00	13'746.50
240'000	160'000	400'000	36'617.70	24'177.90	20'034.90	28'807.10	27'355.10	26'312.30	24'860.30	23'593.10
300'000	200'000	500'000	49'144.50	35'824.20	30'142.70	41'333.90	39'881.90	38'588.30	37'136.30	34'153.10

Einkommensverteilung:

Erstverdiener 60 %  
Zweitverdiener 40 %Tarif für Alleinstehende:  
Tarif für Verheiratete:Beginn der Steuerpflicht bei:  
Beginn der Steuerpflicht bei:Fr. 18'500  
Fr. 27'000

Bruttoarbeitslohn in Franken			Mehr- bzw. Minderbelastung (-)							
			Verheirateter Alleinverdiener ohne Kinder gegenüber		Zweitverdiener-Ehepaar ohne Kinder gegenüber			Zweitverdiener-Ehepaar mit 2 Kindern gegenüber		Verheirateter Alleinverdiener ohne Kinder gegenüber
			resp. AHV- und Familieneinkommen	Lohnen	Zweitverdiener-Konkubinatpaar	Zweitverdiener-Konkubinatpaar	Verheirateter Alleinverdiener ohne Kinder	Verheirateter Alleinverdiener mit 2 Kindern	Verheirateter Alleinverdiener mit 2 Kindern	Zweitverdiener-Konkubinatpaar mit 2 Kindern
1. Einkommen	2. Einkommen	Total	In Prozenten							
18'000	12'000	30'000	-100.00							
24'000	16'000	40'000	-76.44				-100.00			-24.80
30'000	20'000	50'000	-70.47	51.30	-33.77	-56.22	47.83	-100.00	-100.00	-22.07
36'000	24'000	60'000	-68.47	50.68	-13.27	-42.44	34.92	-57.67	-72.79	-19.01
42'000	28'000	70'000	-63.85	34.75	-16.35	-37.93	35.26	-41.32	-54.58	-6.61
48'000	32'000	80'000	-65.12	30.01	-3.44	-25.73	21.29	-42.01	-40.82	-2.74
54'000	36'000	90'000	-60.96	28.54	-8.36	-28.71	17.13	-26.95	-26.60	-0.81
60'000	40'000	100'000	-58.62	27.99	1.61	-20.61	19.10	-27.81	-20.93	1.23
90'000	60'000	150'000	-47.29	21.64	4.76	-13.88	8.13	-17.42	0.76	9.30
120'000	80'000	200'000	-41.48	19.53	6.25	-11.11	2.39	-11.44	17.52	13.19
150'000	100'000	250'000	-36.36	19.95	5.95	-11.66	-1.65	-11.41	20.63	18.03
180'000	120'000	300'000	-30.96	21.25	7.60	-11.26	-3.61	-11.61	22.41	20.93
240'000	160'000	400'000	-21.33	19.15	8.83	-8.66	-3.81	-9.12	24.08	22.10
300'000	200'000	500'000	-15.89	15.38	7.72	-6.64	-3.24	-6.88	23.20	21.03

Lediger Steuerpflichtiger

Bruttoarbeitseinkommen	Recht 1995/96		Vorschlag		Mehr- bzw. Minderbelastung (-)	
	Belastung					
	Fr.	Fr.	o/o	Fr.	o/o	Fr.
30'000	100.50	0.34	77.00	0.26	-23.50	-23.38
40'000	207.85	0.52	199.50	0.50	-8.35	-4.02
50'000	444.50	0.89	394.50	0.79	-50.00	-11.25
60'000	705.85	1.18	702.50	1.17	-3.35	-0.47
70'000	1'129.60	1.61	1'094.00	1.56	-35.60	-3.15
80'000	1'697.20	2.12	1'627.00	2.03	-70.20	-4.14
90'000	2'264.80	2.52	2'186.00	2.43	-78.80	-3.48
100'000	3'012.80	3.01	2'790.00	2.79	-222.80	-7.40
150'000	7'551.40	5.03	6'666.00	4.44	-885.40	-11.72
200'000	13'469.40	6.73	11'746.50	5.87	-1'722.90	-12.79
250'000	19'739.40	7.90	17'820.90	7.13	-1'918.50	-9.72
300'000	25'996.20	8.67	24'077.70	8.03	-1'918.50	-7.38
400'000	38'536.20	9.63	36'617.70	9.15	-1'918.50	-4.98
500'000	51'063.00	10.21	49'144.50	9.83	-1'918.50	-3.76

**Konkubinatspaar**

Einkommensverteilung:

Erstverdiener 60 %

Zweitverdiener 40 %

Bruttoarbeitseinkommen			Recht 1995/96		Vorschlag		Mehr- bzw. Minderbelastung (-)	
			Belastung					
1. Einkommen	2. Einkommen	Total	Fr.	o/o	Fr.	o/o	Fr.	o/o
18'000	12'000	30'000	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	
24'000	16'000	40'000	59.30	0.15	0.00	0.00	-59.30	-100.00
30'000	20'000	50'000	132.85	0.27	77.00	0.15	-55.85	-42.04
36'000	24'000	60'000	204.70	0.34	147.00	0.25	-57.70	-28.19
42'000	28'000	70'000	341.65	0.49	293.50	0.42	-48.15	-14.09
48'000	32'000	80'000	510.80	0.64	436.50	0.55	-74.30	-14.55
54'000	36'000	90'000	693.85	0.77	664.00	0.74	-29.85	-4.30
60'000	40'000	100'000	913.70	0.91	902.00	0.90	-11.70	-1.28
90'000	60'000	150'000	2'970.65	1.98	2'888.50	1.93	-82.15	-2.77
120'000	80'000	200'000	6'300.60	3.15	5'750.50	2.88	-550.10	-8.73
150'000	100'000	250'000	10'564.20	4.23	9'456.00	3.78	-1'108.20	-10.49
180'000	120'000	300'000	15'696.80	5.23	13'710.00	4.57	-1'986.80	-12.66
240'000	160'000	400'000	27'202.80	6.80	24'177.90	6.04	-3'024.90	-11.12
300'000	200'000	500'000	39'465.60	7.89	35'824.20	7.16	-3'641.40	-9.23

Zweiverdiener-Konkubinatspaar mit 2 Kindern

Einkommensverteilung:

Erstverdiener 60 %

Zweitverdiener 40 %

Bruttoarbeitseinkommen			Recht 1995/96		Vorschlag		Mehr- bzw. Minderbelastung (-)	
			Belastung					
1. Einkommen	2. Einkommen	Total	Fr.	o/o	Fr.	o/o	Fr.	o/o
18'000	12'000	30'000	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	
24'000	16'000	40'000	59.30	0.15	0.00	0.00	-59.30	-100.00
30'000	20'000	50'000	100.50	0.20	77.00	0.15	-23.50	-23.38
36'000	24'000	60'000	145.40	0.24	147.00	0.25	1.60	1.10
42'000	28'000	70'000	255.40	0.36	234.50	0.34	-20.90	-8.18
48'000	32'000	80'000	395.30	0.49	340.50	0.43	-54.80	-13.86
54'000	36'000	90'000	548.45	0.61	517.00	0.57	-31.45	-5.73
60'000	40'000	100'000	705.85	0.71	702.50	0.70	-3.35	-0.47
90'000	60'000	150'000	2'474.80	1.65	2'293.50	1.53	-181.30	-7.33
120'000	80'000	200'000	5'314.40	2.66	4'497.00	2.25	-817.40	-15.38
150'000	100'000	250'000	9'026.40	3.61	7'481.00	2.99	-1'545.40	-17.12
180'000	120'000	300'000	13'663.40	4.55	11'049.50	3.68	-2'613.90	-19.13
240'000	160'000	400'000	25'149.40	6.29	20'034.90	5.01	-5'114.50	-20.34
300'000	200'000	500'000	37'340.20	7.47	30'142.70	6.03	-7'197.50	-19.28

Verheirateter Alleinverdiener ohne Kinder

Bruttoarbeitseinkommen	Recht 1995/96		Vorschlag		Mehr- bzw. Minderbelastung (-)	
	Belastung					
	Fr.	Fr.	o/o	Fr.	o/o	Fr.
30'000	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	
40'000	106.00	0.27	47.00	0.12	-59.00	-55.66
50'000	216.00	0.43	116.50	0.23	-99.50	-46.06
60'000	450.00	0.75	221.50	0.37	-228.50	-50.78
70'000	731.00	1.04	395.50	0.57	-335.50	-45.90
80'000	1'075.00	1.34	567.50	0.71	-507.50	-47.21
90'000	1'500.00	1.67	853.50	0.95	-646.50	-43.10
100'000	2'001.00	2.00	1'154.50	1.15	-846.50	-42.30
150'000	6'677.00	4.45	3'513.50	2.34	-3'163.50	-47.38
200'000	12'527.00	6.26	6'873.50	3.44	-5'653.50	-45.13
250'000	18'702.00	7.48	11'342.00	4.54	-7'360.00	-39.35
300'000	24'864.00	8.29	16'623.50	5.54	-8'240.50	-33.14
400'000	37'214.00	9.30	28'807.10	7.20	-8'406.90	-22.59
500'000	49'551.00	9.91	41'333.90	8.27	-8'217.10	-16.58

Verheirateter Alleinverdiener mit 2 Kindern

Bruttoarbeitseinkommen	Recht 1995/96		Vorschlag		Mehr- bzw. Minderbelastung (-)	
	Belastung					
	Fr.	Fr.	o/o	Fr.	o/o	Fr.
30'000	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	
40'000	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	
50'000	87.00	0.17	34.50	0.07	-52.50	-60.34
60'000	184.00	0.31	94.50	0.16	-89.50	-48.64
70'000	399.00	0.57	181.50	0.26	-217.50	-54.51
80'000	659.00	0.82	347.50	0.43	-311.50	-47.27
90'000	1'003.00	1.11	519.50	0.58	-483.50	-48.21
100'000	1'410.00	1.41	769.50	0.77	-640.50	-45.43
150'000	5'325.00	3.55	2'798.50	1.87	-2'526.50	-47.45
200'000	11'175.00	5.59	5'967.50	2.98	-5'207.50	-46.60
250'000	17'350.00	6.94	10'187.00	4.07	-7'163.00	-41.29
300'000	23'512.00	7.84	15'303.50	5.10	-8'208.50	-34.91
400'000	35'862.00	8.97	27'355.10	6.84	-8'506.90	-23.72
500'000	48'199.00	9.64	39'881.90	7.98	-8'317.10	-17.26



Zweiverdiener-Ehepaar ohne Kinder

Einkommensverteilung:

Erstverdiener 60 %  
Zweitverdiener 40 %

Bruttoarbeitsinkommen			Recht 1995/96		Vorschlag		Mehr- bzw. Minderbelastung (-)	
			Belastung					
1. Einkommen	2. Einkommen	Total	Fr.	o/o	Fr.	o/o	Fr.	o/o
18'000	12'000	30'000	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	
24'000	16'000	40'000	30.00	0.08	0.00	0.00	-30.00	-100.00
30'000	20'000	50'000	115.00	0.23	51.00	0.10	-64.00	-55.65
36'000	24'000	60'000	240.00	0.40	127.50	0.21	-112.50	-46.88
42'000	28'000	70'000	489.00	0.70	245.50	0.35	-243.50	-49.80
48'000	32'000	80'000	787.00	0.98	421.50	0.53	-365.50	-46.44
54'000	36'000	90'000	1'155.00	1.28	608.50	0.68	-546.50	-47.32
60'000	40'000	100'000	1'599.00	1.60	916.50	0.92	-682.50	-42.68
90'000	60'000	150'000	5'715.00	3.81	3'026.00	2.02	-2'689.00	-47.05
120'000	80'000	200'000	11'357.00	5.68	6'110.00	3.06	-5'247.00	-46.20
150'000	100'000	250'000	17'077.00	6.83	10'019.00	4.01	-7'058.00	-41.33
180'000	120'000	300'000	22'849.00	7.62	14'751.50	4.92	-8'097.50	-35.44
240'000	160'000	400'000	34'770.00	8.69	26'312.30	6.58	-8'457.70	-24.32
300'000	200'000	500'000	46'860.00	9.37	38'588.30	7.72	-8'271.70	-17.65

Zweiverdiener-Ehepaar mit 2 Kindern

Einkommensverteilung:

Erstverdiener 60 %

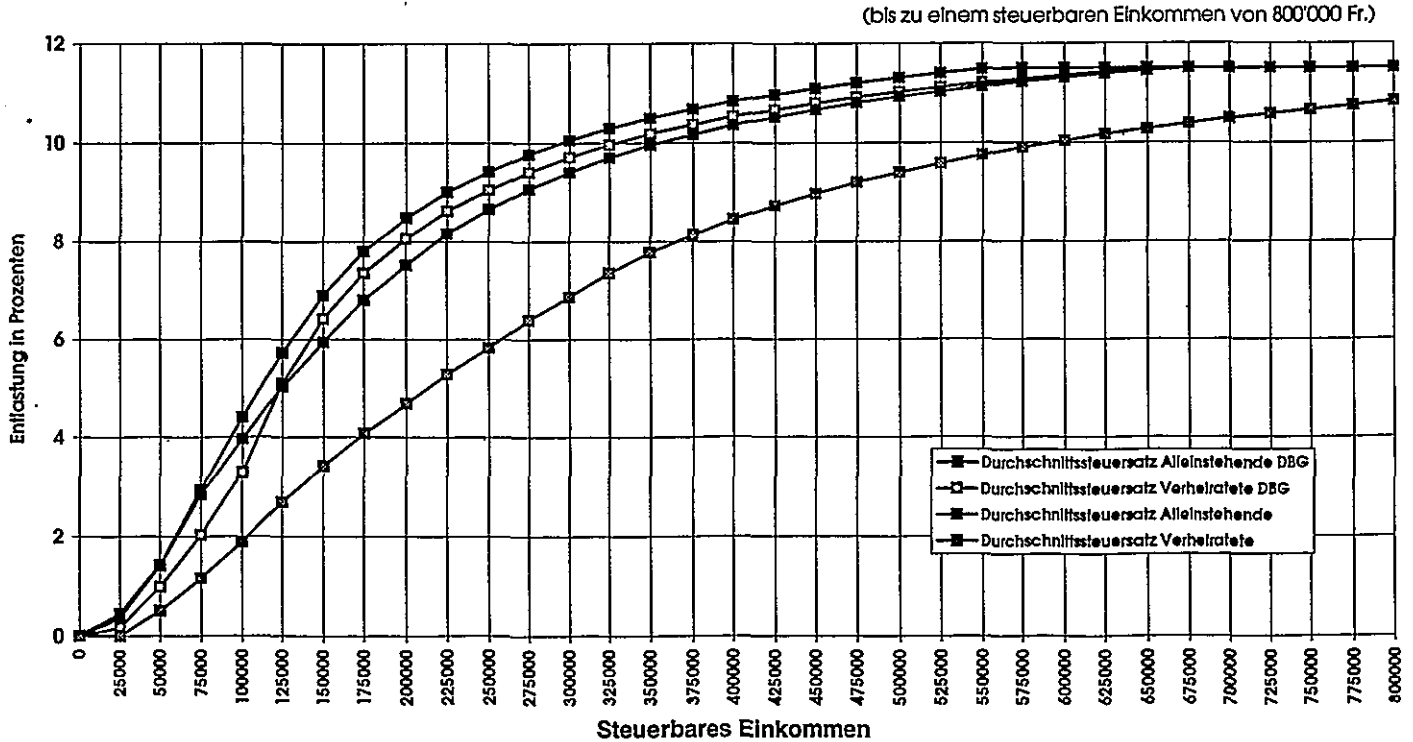
Zweitverdiener 40 %

Bruttoarbeitseinkommen			Recht 1995/96		Vorschlag		Mehr- bzw. Minderbelastung (-)	
			Belastung					
1. Einkommen	2. Einkommen	Total	Fr.	o/o	Fr.	o/o	Fr.	o/o
18'000	12'000	30'000	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	
24'000	16'000	40'000	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	
30'000	20'000	50'000	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	
36'000	24'000	60'000	99.00	0.17	40.00	0.07	-59.00	-59.60
42'000	28'000	70'000	210.00	0.30	106.50	0.15	-103.50	-49.29
48'000	32'000	80'000	441.00	0.55	201.50	0.25	-239.50	-54.31
54'000	36'000	90'000	727.00	0.81	379.50	0.42	-347.50	-47.80
60'000	40'000	100'000	1'079.00	1.08	555.50	0.56	-523.50	-48.52
90'000	60'000	150'000	4'363.00	2.91	2'311.00	1.54	-2'052.00	-47.03
120'000	80'000	200'000	10'005.00	5.00	5'285.00	2.64	-4'720.00	-47.18
150'000	100'000	250'000	15'725.00	6.29	9'024.50	3.61	-6'700.50	-42.61
180'000	120'000	300'000	21'497.00	7.17	13'526.00	4.51	-7'971.00	-37.08
240'000	160'000	400'000	33'418.00	8.35	24'860.30	6.22	-8'557.70	-28.61
300'000	200'000	500'000	45'508.00	9.10	37'136.30	7.43	-8'371.70	-18.40

**Verheirateter Rentner**

AHV- und Pensions- einkommen	Recht 1995/96		Vorschlag		Mehr- bzw. Minderbelastung (-)	
	Belastung				Fr.	o/o
	Fr.	o/o	Fr.	o/o		
30'000	51.00	0.17	0.00	0.00	-51.00	-100.00
40'000	137.00	0.34	62.50	0.16	-74.50	-54.38
50'000	285.00	0.57	149.50	0.30	-135.50	-47.54
60'000	528.00	0.88	273.50	0.46	-254.50	-48.20
70'000	787.00	1.12	423.50	0.61	-363.50	-46.19
80'000	1'110.00	1.39	583.50	0.73	-526.50	-47.43
90'000	1'510.00	1.68	860.50	0.96	-649.50	-43.01
100'000	1'977.00	1.98	1'140.50	1.14	-836.50	-42.31
150'000	6'079.00	4.05	3'214.50	2.14	-2'864.50	-47.12
200'000	11'279.00	5.64	6'072.50	3.04	-5'206.50	-46.16
250'000	16'479.00	6.59	9'609.50	3.84	-6'869.50	-41.69
300'000	21'679.00	7.23	13'746.50	4.58	-7'932.50	-36.59
400'000	32'079.00	8.02	23'593.10	5.90	-8'485.90	-26.45
500'000	42'479.00	8.50	34'153.10	6.83	-8'325.90	-19.60

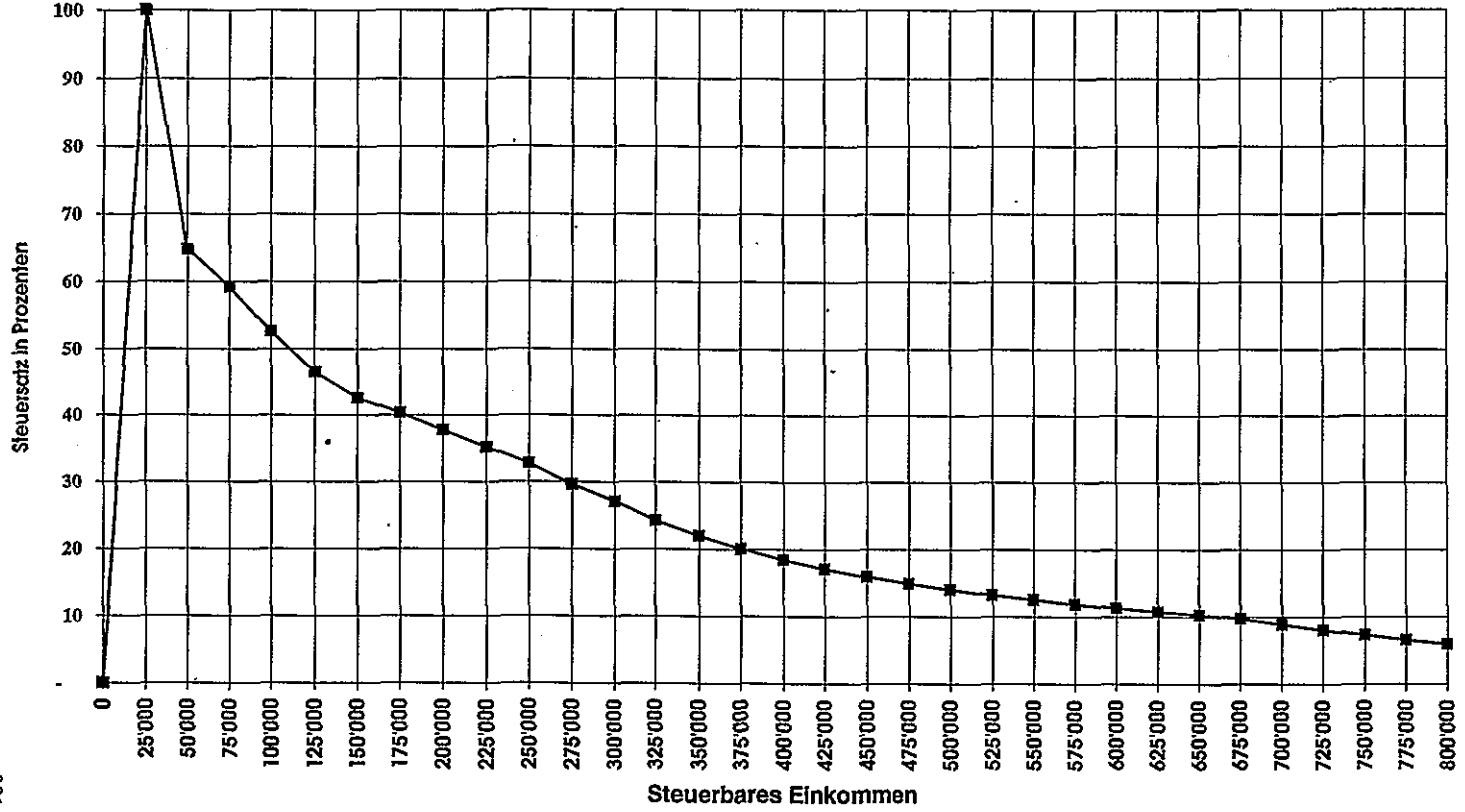
# Durchschnittssteuersätze: Variante 2 vom 2. November 1995 & DBG



### Entlastung der Verheirateten gegenüber den Alleinstehenden (nur Tarif)

Variante 2 vom 2.11.1995

(bis zu einem steuerbaren Einkommen von 800'000 Fr.)



# Weisungen für die UKW-Sendernetzplanung

Änderung vom 8. Mai 1996

---

*Der Schweizerische Bundesrat  
beschliesst:*

I

Die Weisungen vom 31. August 1994<sup>1)</sup> für die UKW-Sendernetzplanung werden wie folgt geändert:

## Art. 5 Regionale Programme in den sprachregionalen Radioprogrammen der SRG

<sup>1</sup> Die Versorgung einzelner Gebiete von SRG-Mitgliedgesellschaften in der deutschen Schweiz mit regionalen Radioprogrammen (Regionaljournalen) wird grundsätzlich nicht weiter ausgebaut.

<sup>2</sup> Anstelle des Regionaljournals für die Kantone Aargau und Solothurn wird über die Sendestandorte Eggberg und Waldshut das Programm des lokalen Veranstalters für die Region Aargau verbreitet. Sobald es die Frequenzlage zulässt, wird die Verbreitung des Regionaljournals für die Kantone Aargau und Solothurn im aargauischen Fricktal wieder hergestellt. Für das übrige Gebiet der deutschen Schweiz wird für die Versorgung mit Regionaljournalen der Ausbaustand per 1. Januar 1994 beibehalten.

<sup>3</sup> *Bisheriger Absatz 2*

## Art. 11 Ziff. 23–42

Für die Verbreitung von Radioprogrammen lokaler und regionaler Veranstalter sind folgende Versorgungsgebiete vorzusehen:

### 23. *Region Emmental*

Veranstalter: 1

Zone A: Tal der Emme von Burgdorf über Lützelflüh bis Signau; Sumiswald, Huttwil (inkl. Hauptstrasse Sumiswald–Huttwil); Langnau, Trubschachen; Entlebuch von Escholzmatt bis Schüpfheim

Zone B: Restliche Amtsbezirke Burgdorf, Trachselwald und Signau; Grosshöchstetten/Konolfingen; Utzenstorf/Fraubrunnen; Entlebuch bis Wolhusen

<sup>1)</sup> BBl 1994 III 1583

24. *Region Solothurn–Olten*

Veranstalter: 1

Zone A: Jurasüdfuss von Grenchen über Solothurn bis Olten; Herzogenbuchsee, Langenthal, Aarburg/Rothrist/Zofingen; Autobahn N1 südlich bis Koppigen

Zone B: Restlicher Kanton Solothurn ausser Bezirke Thierstein und Dorneck; Amtsbezirk Wangen a. A.; nördlicher Teil Amtsbezirk Aarwangen; nördlicher Teil Amtsbezirk Fraubrunnen

25. *Region Solothurn*

Veranstalter: 1

Zone A: Jurasüdfuss von Grenchen über Solothurn bis Niederbipp; Herzogenbuchsee, Langenthal; Autobahn N1 südlich bis Koppigen

Zone B: Amtsbezirk Wangen a. A.; nördlicher Teil Amtsbezirk Aarwangen; nördlicher Teil Amtsbezirk Fraubrunnen

26. *Region Aargau*

Veranstalter: 1

Zone A: Jurasüdfuss von Olten über Aarau bis Brugg; Autobahn N1 von Aarburg über Suhr, Lenzburg bis Wettingen; Rothrist/Zofingen; Limmattal von Turgi über Baden/Wettingen bis Spreitenbach; Fricktal-Autobahn zwischen Bözberg-Tunnel und Stein AG; Villmergen/Wohlen

Zone B: Restlicher Kanton Aargau

27. *Region Aargau-Mitte*

Veranstalter: 1 (Frequenzverfügbarkeit vorbehalten)

Zone A: Jurasüdfuss von Aarau bis Brugg; Autobahn N1 von Aarburg über Suhr, Lenzburg bis Wettingen/Baden; Rothrist/Zofingen

Zone B: Olten, Bezirke Zofingen, Aarau, Lenzburg (nördlicher Teil), Brugg, Baden

28. *Region Luzern*

Veranstalter: 1

Zone A: Amt Luzern; Region Emmenbrücke–Sursee

Zone B: Kantone Nidwalden und Obwalden; Strecke Malters–Wolhusen–Willisau–Dagmersellen; Strecke Hochdorf–Hitzkirch

29. *Region Luzern-Stadt*

Veranstalter: 1

Zone A: Stadt Luzern

Zone B: –

30. *Region Zug*

Veranstalter: 1

Zone A: Kanton Zug; Bezirk Affoltern

Zone B: Bezirk Muri, Amt Hochdorf; Region Immensee–Arth-Goldau–Walchwil; Küsnacht a. R.

31. *Region Uri-Schwyz-Glarus*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Bezirke Schwyz, Küsnacht a. R., Einsiedeln, Höfe, March; Strecken Ziegelbrücke-Schwanden, Altdorf-Amsteg  
Zone B: Bezirke See, Gaster; restlicher Kanton Uri; Muothatal; Strecke Sattel-Biberbrugg; restlicher Kanton Glarus
32. *Region Zürichsee-Glarus*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Richterswil-Horgen; Meilen-Stäfa-Hombrechtikon; Bezirke See und Gaster; Strecke Ziegelbrücke-Schwanden  
Zone B: Oberrieden-Kilchberg; übriger Bezirk Meilen; Bezirke Uster, Hinwil, Höfe und March; Region Fehraltorf-Pfäffikon; restlicher Kanton Glarus
33. *Region Zürich*  
Veranstalter: 3 (2 kommerzielle Programme, 1 publizistisch-kulturelles Kontrastprogramm)  
Zone A: Bezirke Zürich, Dietikon, Horgen, Bülach und Dielsdorf  
Zone B: Bezirke Meilen (teilweise), Uster (teilweise), Hinwil (teilweise), Pfäffikon (teilweise), Winterthur (teilweise), Affoltern; Limmattal (teilweise), Freiamt (teilweise)
34. *Region Stadt Zürich*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Stadt Zürich  
Zone B: -
35. *Region Winterthur*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Bezirk Winterthur  
Zone B: Bezirke Pfäffikon, Bülach (südlicher Teil) und Andelfingen; Region Dübendorf-Volketswil
36. *Region Schaffhausen*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Agglomeration Schaffhausen; Bezirk Diessenhofen; Strecke Rheinklingen-Eschenz  
Zone B: Zubringerstrecken in Richtung Stadt Schaffhausen im Nordwesten; Strecke Andelfingen-Schaffhausen
37. *Region Stadt Schaffhausen*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Stadt Schaffhausen  
Zone B: -
38. *Region Thurgau*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Agglomeration Frauenfeld; Kreuzlingen, Weinfelden, Romanshorn, Amriswil, Arbon; Verbindungsstrecken Frauenfeld-Weinfelden, Weinfelden-Kreuzlingen, Weinfelden-Amriswil und Kreuzlingen-Amriswil  
Zone B: Restlicher Kanton Thurgau



39. *Region Wil*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Bezirke Wil und Münchwilen  
Zone B: Toggenburg
40. *Region St. Gallen–Appenzell*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Bezirke St. Gallen, Gossau, Rorschach; Zubringerstrecke nach Herisau; Appenzell, Trogen  
Zone B: Übrige Teile der beiden Kantone Appenzell; Bezirke Arbon und Bischofszell
41. *Region Stadt St. Gallen*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Stadt St. Gallen  
Zone B: –
42. *Region St. Galler Rheintal*  
Veranstalter: 1  
Zone A: Bezirke Sargans, Werdenberg, Oberrheintal und Unterrheintal  
Zone B: Bezirk Unterlandquart; Strecke Gams–Alt St. Johann

## II

Diese Änderung tritt am 1. Juni 1996 in Kraft.

8. Mai 1996

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Delamuraz

Der Bundeskanzler: Couchepin

**Parlamentarische Initiative Senkung der direkten Bundessteuer - Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes (WAK-S) Stellungnahme des Bundesrates zum Bericht vom 3. November 1995 der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates vom 28. Februar 1996**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1996
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	21
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	95.423
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.05.1996
Date	
Data	
Seite	961-985
Page	
Pagina	
Ref. No	10 053 861

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.